

Dafür sollten wir uns nicht verschulden müssen!

Bildungsrevolution in Chile
Leonor Abujatum Berndt

Süd- und Mittelamerika, soziale Bewegungen, Bildung

Weltweit brodeln es, Bürger gehen auf die Straße. In Chile will man sich die Ungerechtigkeiten des Bildungssystems nicht länger gefallen lassen. Nur wer zahlt, darf lernen – dagegen wehrt sich vor allem die Jugend mit aller Macht, auch mit der Macht der Neuen Medien. Öffentlichkeitswirksam werden die Proteste inszeniert. Wird die chilenische Regierung weiterhin mit Knüppeln auf Demonstranten einschlagen oder einlenken?

Sicherlich wird 2011 weltweit als das Jahr der erstarkten sozialen Bewegungen ins kollektive Gedächtnis eingehen. Der arabische Frühling, der Volksaufstand in Tunesien, die spanischen *Indignados*, die Revolution in Ägypten, die Proteste in Israel, Kolumbien und Portugal sowie die Occupy-Bewegung in den USA zeugen von einem generellen Unmut, der in den unterschiedlichsten Kontexten die Menschen auf die Straßen treibt. Die Demonstranten eint die Forderung nach mehr Demokratie und Chancengleichheit. Weltweit wurden die Wut und Empörung über die Entscheidungsträger und das neoliberale Wirtschaftssystem, welches die sozialen Ungleichheiten weiter vertieft, dezidiert zum Ausdruck gebracht. Die Frage, die sich angesichts dieses Protestgewitters stellt, ist, ob wir vor einer sich solidarisierenden internationalen Bewegung stehen, die auf Dauer systemrelevant werden könnte. Eindeutig festzustellen ist jedoch, dass die Regierungen der jeweiligen Länder repressiv auf die Proteste reagierten. Gemeinsam ist diesen Bewegungen, dass es sich um gesellschaftlich stark heterogene Gruppen handelt, die sich immer weiter politisieren und dazu tendieren, mit den traditionellen Protestarten zu brechen. Sie sind sowohl innovativ, kreativ als auch technologisiert und schaffen es, Aufmerksamkeit und Sympathie zu wecken. Zu diesen Protesten des Jahres 2011 gehört auch die chilenische Bildungsbewegung.



Leonor Abujatum Berndt,
geb. 1984, Doktorandin
der Romanistik, Universität
Potsdam.
leonorabujatum@gmail.com

Die Jugend Chiles thematisierte zwar vorrangig das Problemfeld Bildung, jedoch wurden dadurch generelle Fragen aufgeworfen. Die jungen Chilenen sehen die formale Demokratie neoliberaler Ausprägung kritisch. Makroökonomisch betrachtet handelt es sich bei diesem Land im letzten Winkel der Weltkarte um ein auf regionaler Ebene kaum zu übertreffendes und international oft zitiertes Erfolgsmodell wirtschaftlicher Entwicklung. Jedoch geht die Schere zwischen Arm und Reich erschreckend weit und immer weiter auseinander.¹ In der von der Militärdiktatur 1980 verabschiedeten Verfassung wurden die Weichen gestellt, um das neoliberale System flächendeckend und schockartig einzuführen. Nahezu alle Bereiche, darunter auch die Bildung, werden seitdem maßgeblich oder komplett vom Markt geregelt. Präsident Sebastián Piñera erinnert daran, dass „nichts im Leben umsonst ist“, und bezeichnet Bildung dementsprechend als „Konsumgut“. Als reine Ware ist diese zu einem Privileg zahlungskräftiger Konsumenten degradiert worden, wodurch soziale Mobilität und Chancengleichheit (fast) unerreichbar bleiben.

Wissen ist Macht, aber Geld ist Wissen

Die soziale Ausgrenzung wird laut UNESCO bereits im Kindesalter durch die dreiteilige Formel des Schulwesens zementiert: Wohlhabende haben Zugang zu einer qualitativ hochwertigen, privaten Schulbildung; Angehörige der Mittelschicht können sich in vom Staat subventionierten, halb privaten Einrichtungen mit Profitausrichtung nur Mittelmaß leisten und die Armen werden mit einer unwürdigen öffentlichen Schulbildung abserviert.

Da der Staat von den Gesamtkosten für öffentliche Hochschulbildung nur 15 Prozent trägt, ist der zu zahlende Privatanteil der höchste weltweit. Dabei zählen die Studiengebühren Chiles, selbst die der euphemistisch sogenannten staatlichen Universitäten, mit durchschnittlich 350 Euro monatlich ebenso zu den teuersten.² Die Mittel- und Unterschicht kann sich die Studiengebühren einfach nicht leisten und Stipendien sind rar. Daher sind sie dazu gezwungen, Studienkredite mit Zinsen zwischen fünf und sieben Prozent aufzunehmen, die sie in der Regel zwölf Jahre lang abbezahlen – äußerst rentabel für die Banken.

1 Laut einer Studie der OECD vom Dezember 2011, welche 27 Mitgliedsländer untersuchte, steht Chile an erster Stelle was Einkommensungleichheit angeht, vor Ländern wie Mexiko, Türkei und den USA.

2 Es muss dabei bedacht werden, dass das Mindesteinkommen bei etwa 250 Euro liegt.

Hinzukommt, dass trotz des Gesetzes, das den universitären Einrichtungen Bereicherung verbietet (die Idee war, dass die Einnahmen in Forschung, Lehre oder Ausstattung reinvestiert werden), das Hochschulsystem in der Praxis ein Geschäft geworden ist, worunter die Qualität vor allem privater Universitäten sehr stark leidet. Der chilenische Staat stellt die Freiheit der Unternehmer über das Recht des Volkes auf Bildung.

Um der Bildungskrise ein Ende zu setzen, so die Sprecher der Bewegung, seien strukturelle Veränderungen vonnöten. Ihr Finanzierungsvorschlag besteht aus einer progressiven Besteuerung, wie selbst der Internationale Währungsfonds im Oktober 2011 riet. Das würde bedeuten, dass die Kapital- und Ertragssteuern für Unternehmen (auch der vielen inter- und multinationalen Konzerne) erhöht bzw. überhaupt eingeführt werden. Dasselbe gilt für den Spitzensteuersatz, der in Chile derart niedrig ist, dass von einem wahrhaften Steuerparadies für Besserverdienende gesprochen werden kann.

Protest 2.0

Die jungen Anführer waren äußerst einfallsreich darin, aufzuklären und noch Abseitsstehende und Unbeteiligte für ihre Sache zu gewinnen. Sie sind in einer vernetzten und medialisierten Welt groß geworden. Dementsprechend gestalteten sie ausgefallene Info-Aktionen auf unterhaltsame Weise in Performances, bedienten sich einprägsamer audiovisueller technischer Mittel und nutzten soziale Netzwerke, um Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Inszenierung war das A und O. *Flashmobs* und große Verkleidungsaktionen gab es in allen Varianten: Hunderte Superhelden gingen mit vereinten Kräften für Chancengleichheit auf die Straße, mehr als 3.000 Zombies machten mit entsprechender „Thriller“-Choreografie auf das „Sterben der öffentlichen Bildung“ aufmerksam und eine halbstündige Kuss-Aktion wies darauf hin, dass sich die Jugend mit Leidenschaft für die Bildung einsetzt.

Zwischen Mai und Dezember 2011 marschierten unter dem Motto „Bildung für alle“ Frauen und Männer, Studenten, Schüler, Arbeiter, Umweltaktivisten, Ureinwohner, *queer*-feministische Gruppierungen, Tierschützer, Alt und Jung in über 40 karnevalistischen Demonstrationen. Bis zu 1,5 Millionen Menschen nahmen allein im August daran teil – eine historische



Weiterlesen:
Widerstand und Wandel
in Lateinamerika
WeltTrends 61

Dimension. Nachts schlugen zudem Abertausende Bürger aller Viertel – wie vor Jahren gegen Augusto Pinochet – auf Kochtöpfe und Pfannen, um ihre Solidarität mit der Bewegung auszudrücken und die staatliche Repression zu verpönen.

Die Regierung und die Medien stempelten von Anfang an die Sprecher der Bewegung als „Ultras“ ab, und die Protestierenden wurden als „Gewalttäter“ diskreditiert. Währenddessen machte die Polizei auf den Straßen keinerlei Unterschied zwischen friedlichen Demonstranten, Presseleuten, Unbeteiligten und Randalierern und wandte völlig unangemessene Gewalt an. Deutlich häufiger als zu Beginn werden von Vermummten Barrikaden angezündet, Steine gegen Uniformierte und Farbgläser auf Polizeiautos geworfen. „Nieder mit dem gewaltsamen Finanz-Terror-System“ lautet die Parole – ziviler Ungehorsam ist angesagt. Vielen scheint der Kragen geplatzt zu sein und die Wut wächst aufgrund der Untätigkeit der Regierung sowie der Anmaßungen der Polizei. Diese agiert provokativ statt deeskalierend und setzt repressive Methoden auch gegen Minderjährige ein. Zum Einsatz kommen in der Regel körperliche Gewalt, Reizgasautos, Wasserwerfer mit einem Gemisch aus Chemikalien und Wasser, Gummigeschosse und Tränengasgranaten. UNICEF und andere Organisationen sahen sich daher veranlasst, gegen die gehäuften Fälle Misshandlungen offiziell Protest einzulegen.³



Weiterlesen:
J. Sperberg,
Städtische Armut
und Partizipation
WeltTrends 32

Vorerst gescheitert?

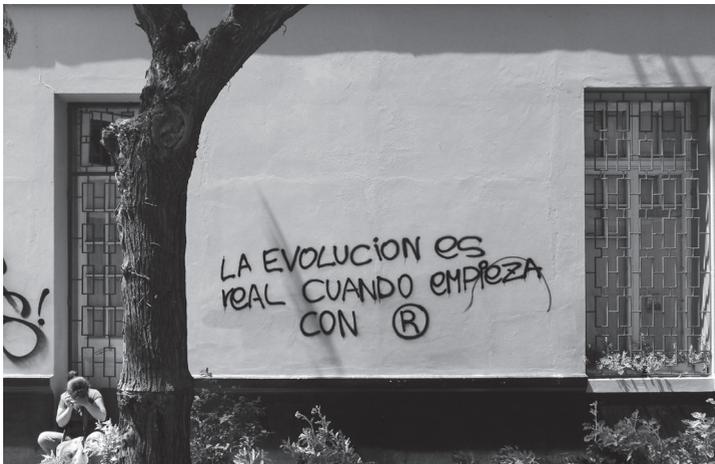
Hungerstreiks, Hunderte Besetzungen von Bildungseinrichtungen samt gewaltsamen Räumungen, Generalstreiks, unzählige Massenmärsche, internationale Solidaritätsbekundungen und das erste Todesopfer, ein 16-jähriger Junge, der im August 2011 während eines Streiks von einem Polizisten – der prompt wieder freigelassen wurde – erschossen wurde, sowie ein Umfragetief von 26 Prozent veranlassten die Regierung von Präsident Piñera Anfang September, den Dialog mit den Protestierenden zu suchen. Als Druckmittel wurden jedoch im Vorfeld die Stipendien gestrichen und die Lehrergehälter der besetzten Schulen nicht an die Gemeinden ausgezahlt. Die Verhandlungen waren durch gegenseitiges Misstrauen von Anfang an zum Scheitern verurteilt – die Bewegung verließ diese nach zwei Sitzungen.

³ Bis Ende Oktober 2011 waren im Rahmen der Bildungsdemonstrationen über 3.000 Fälle von Folter und Gewaltexzessen bei Menschenrechtsorganisationen eingegangen, ein Großteil davon betraf Schüler.

Nach heißen Auseinandersetzungen, in denen es sogar zu Handgreiflichkeiten zwischen Abgeordneten kam, wurde das Bildungsbudget 2012 mit 58 Ja- und 55 Neinstimmen verabschiedet. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung um nur sieben Prozent konnte letztendlich auf zehn angehoben werden. Einige Veränderungen sind vorgesehen, jedoch keine struktureller Natur.

In den Augen der Bewegung handelt es sich um die Fortsetzung des elitären und ausgrenzenden Modells. Ihr Interesse besteht aber längst nicht mehr darin, an dem vorhandenen Bildungssystem herumzudoktern und geringfügige Verbesserungen zu erreichen, welche die bestehenden Ungleichheiten unangetastet lassen, sondern sie möchte Bildung zu einem wirklichen Recht machen, dessen Qualität und Zugang nicht von der Größe des Geldbeutels abhängt. Vor allem soll der Unterfinanzierung und Verwahrlosung der staatlichen Schulen und Universitäten ein Ende gesetzt werden. Im Verständnis der Bildungsbewegung muss jedes Land, das sich als fortschrittlich bezeichnen will, einen öffentlichen Bildungssektor unterhalten, der sich auf Dauer bewähren und entwickeln kann, indem dies vom Staat garantiert wird.

Acht Monate nach Beginn der Mobilisierungen plant die Regierung paradoxerweise, die privaten Hochschulen durch indirekte Zuschüsse mitzufinanzieren. Ein Ende der chilenischen Bildungskrise ist noch lange nicht in Sicht und verspricht 2012 ein zentrales Thema der chilenischen Politik zu bleiben. 🌐



„Die Evolution ist wirklich, wenn sie mit R beginnt“, politisches Graffiti in Santiago de Chile